

II-2481 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen

des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1235/J

1985-04-01

A N F R A G E

der Abgeordneten Lussmann, Staudinger, Dr. Schüssel
und Kollegen
an den Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie
betreffend Erhaltung der Nahversorgung

In verschiedenen Gebieten Österreichs ist die Aufrechterhaltung der Nahversorgung durch die unkontrollierte Ansiedlung von Großmärkten ernsthaft bedroht. Dies läßt uns nicht nur um die Existenz hunderter Kaufleute fürchten, sondern auch erhebliche volkswirtschaftliche Nachteile (unnötig erhöhtes Verkehrsaufkommen, Umweltbeeinträchtigung) erwarten. Besonders gefährdet ist die Existenz der nahversorgenden Kaufleute durch die Neuerrichtung solcher Großmärkte mit über 600m² Nutzfläche im Raum Graz und im Bundesland Kärnten (Villach, Wolfsberg).

Diese Beispiele zeigen deutlich, daß die vorhandenen gesetzlichen Möglichkeiten zum Schutz der Nahversorgung durch die extensive Praxis der Ausnahmegenehmigungen durchlöchert wurden und ihren Zweck offensichtlich nicht mehr erfüllen können.

Vordringlich sind deshalb wirksame Maßnahmen, die sicherstellen,

- daß die vorhandenen rechtlichen Möglichkeiten ab sofort besser zum Schutz der Nahversorgung genutzt werden und
- daß allenfalls neue, wirksamere Bundesgesetzbestimmungen geschaffen werden, die einen solchen Schutz zu gewährleisten vermögen.

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie folgende

-2-

A n f r a g e :

1. Welche Sofortmaßnahmen zum Schutz der Nahversorgung sehen Sie als zuständiger Minister vor?
2. Sind die vorhandenen rechtlichen Handhabungen ausreichend, um die Existenzgefährdung hunderter Kaufleute zu verhindern?
3. Wenn nein, welche neuen, besseren Vorschläge (z.B. Erweiterung der Gewerbeordnung sowie des Nahversorgungsgesetzes) zur Sicherung der Nahversorgung werden Sie dem Parlament unterbreiten?